

01 **LEITANTRAG 02/II/2012**

02
03
04
05 **Antrag 02/II/2012**

06 **Landesvorstand**

07 **Partizipation und digitale Teilhabe in der Sozialen Stadt**

08
09 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

10
11 **I. Worum es geht: Eine neue soziale Frage**

12 Die SPD ist die Partei des Fortschritts und der sozialen Ge-
13 rechtigkeit. Daraus folgt, dass Verteilungsfragen für die SPD
14 eine zentrale Rolle einnehmen. Wir akzeptieren nicht, dass
15 eine immer stärkere Akkumulation von Reichtum und wirt-
16 schaftlicher Macht bei einigen Wenigen stattfindet. Um-
17 verteilung und Begrenzung wirtschaftlicher Macht sind
18 damit zentrale Anliegen unserer Politik.

19
20 Traditionell sind die Steuer- und Sozialpolitik die Mittel der
21 Wahl, wenn es um die Umsetzung dieser Prinzipien geht.
22 Diese Politikfelder werden auch in Zukunft die zentralen
23 Bereiche bleiben, womit Sozialdemokratinnen und Sozial-
24 demokraten sich profilieren müssen.

25 Allerdings müssen wir unsere Perspektive erweitern. Eine
26 neue soziale Frage – welche die „alten“ Verteilungsfragen
27 nicht weniger relevant werden lässt - lautet: Wer kontrol-
28 liert meine Daten? Unter welchen Bedingungen habe ich
29 Zugang zu Informationen und gesellschaftlicher Teilhabe in
30 Zeiten zunehmender Digitalisierung des Lebens?

31
32 Dabei handelt es sich im Kern um Verteilungsfragen. Es
33 geht um die Kontrolle und die Modalitäten der Nutzung von
34 Daten. Es geht um soziale Teilhabe und Partizipation. Diese
35 Erkenntnis ist zentral für die SPD. Denn das heißt, dass wir
36 diese Fragen ins Zentrum unserer Politik rücken müssen.
37 Der Begriff „Netzpolitik“ umfasst dabei einen Teilbereich
38 der Thematik, die aber deutlich breiter ist: Es handelt sich
39 um grundsätzliche Fragen der Gesellschaftspolitik.

40
41 Das Thema hat Bezug zu sämtlichen politischen Ebenen,
42 von der kommunalen Ebene bis zur europäischen und in-
43 ternationalen. Die Fragen des Urheber- und Leistungs-
44 schutzrechts, des Datenschutzes betreffen in erster Linie
45 die Europa- und Bundespolitik, wohingegen Partizipation
46 und Teilhabe in der sozialen Stadt Themen für die Berliner
47 SPD sind. Hier sind der Fragen einer angemessenen Infra-
48 struktur, des Zugangs zu Informationen und eine entspre-
49 chende Kompetenzbildung und Strukturierung in der Ver-
50 waltung zu thematisieren.

51
52 Die Berliner SPD sagt ganz klar: Wir sind die Internetpartei
53 Berlins! Wir sind die Partei, welche Teilhabe – auch – in der
54 digitalen Gesellschaft ermöglicht. Wir sagen aber auch ganz
55 deutlich: Wir wollen alle Menschen mitnehmen. Liquid
56 democracy und neue, webbasierte Mitbestimmungsmög-
57 lichkeiten vermögen klassische demokratische Strukturen
58 zu ergänzen – nicht aber zu ersetzen.

59
60 **II. Konsequenz für Selbstbestimmung und digitale Teilhabe**

61 Medien sind Bestandteil unseres Alltags. Sie sind in allen
62 Lebensbereichen von Bedeutung und eröffnen Informati-

01 ons- und Kommunikationsmöglichkeiten. Politik ist gefor-
02 dert, die daraus resultierenden Chancen zu ergreifen und
03 den Herausforderungen offensiv zu begegnen.
04 Wir wollen die Entwicklung nutzen, um die Teilhabe und
05 den Zugang zum Wissen zu erweitern. Dabei ist ein diskri-
06 minierungsfreier, barrierefreier und einfacher Zugang zu
07 allen Medien eine grundlegende Voraussetzung, um eine
08 weitere Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.
09 Wir werden eine umfassende gesellschaftliche Debatte
10 über die Gewährleistung von Jugend-, Verbraucher- und
11 Datenschutz sowie die informationelle Selbstbestimmung
12 im digitalen Zeitalter führen. Der unbeschränkte Zugang
13 aller Bürgerinnen und Bürger zu Informationen und die
14 Möglichkeit, Informationen frei verbreiten zu können, und
15 der Schutz der Privatsphäre sind zentrale Grundrechte.
16 Angebote für hör- und sehbehinderte Menschen müssen
17 weiter ausgebaut werden.
18
19 Netzneutralität sehen wir als Schlüssel, um einen diskrimi-
20 nierungsfreien Zugang zum Internet ohne unangemessene
21 staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe sicherzustellen. Wir
22 setzen uns daher für die gesetzliche Absicherung der Netz-
23 neutralität ein. Die Einführung von Qualitätsklassen und das
24 Filtern einzelner Pakete mittels Deep Paket Inspection
25 lehnen wir ab.
26
27 Bei strafrechtlich relevanten Inhalten verfolgt die SPD Ber-
28 lin den Grundsatz „Löschen statt sperren“. Wir stehen für
29 starke Bürgerrechte in der digitalen Welt. Netzsperrern
30 lehnen wir ab.
31
32 Wir werden uns konstruktiv in die Debatte um einen zeit-
33 gemäßen Staatsvertrag für den Kinder- und Jugendmedien-
34 schutz einbringen.
35
36 Das Internet hat enorme Auswirkungen auf die Ordnung
37 immaterieller Güter und stellt damit die gesamte Gesell-
38 schaft vor vielfältige Herausforderungen. NutzerInnen sind
39 heute Produzenten und Konsumenten. Die SPD Berlin för-
40 dert die Debatte um ein modernes Urheberrecht, indem es
41 einen fairen Ausgleich zwischen den NutzerInnen, den
42 KünstlerInnen und ProduzentInnen, die von ihrer Arbeit
43 leben müssen, und den Rechteinhabern geben muss.
44 Urheberrechte von Künstlerinnen und Künstlern und Krea-
45 tiven müssen auch in der digitalen Welt geschützt werden.
46 Der Schwerpunkt muss dabei auf die gerechte Entlohnung
47 der Kreativen gelegt werden, deren Interessen nicht unbe-
48 dingt mit denen der Rechteinhaber wie Verlagen und
49 Labels übereinstimmen.
50 Dabei müssen auch neue Konzepte für Vergütungsmodelle
51 noch genauer geprüft werden.
52 Das von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante
53 Leistungsschutzrecht für Presseverlage hätte — unabhängig
54 von dessen konkreter Ausgestaltung — bedenkliche Aus-
55 wirkungen auf die Interessen Dritter und das Gemeinwohl,
56 zumal gerade die Kreativen den geringsten Teil etwaiger
57 Einnahmen erhalten würden. So ist bis heute unklar, wofür
58 es eines solchen neuen Schutzrechts eigentlich bedarf und
59 es ist auch nicht zu erkennen, welchen Beitrag dieses zur
60 Lösung der Probleme bei der Durchsetzung des Urheber-
61 rechts in der digitalen Welt leisten kann.
62 Ein solches Leistungsschutzrecht würde zu einer massiven

01 Rechtsunsicherheit, zu erheblichen Einschränkungen der
02 Kommunikation im Internet und zu einer neuen Abmahn-
03 welle führen. Es bedarf keiner neuen Schutzrechte, eine
04 Stärkung der Verfahrensrechte wäre ausreichend und viel
05 sachgerechter. Gleichzeitig wäre ein solches neues Lei-
06 stungsschutzrecht von erheblichen „Nebenwirkungen“ be-
07 gleitet, z.B. auf die Informationsfreiheit oder auch auf die
08 Grundprinzipien des Netzes. Diese Nebenfolgen sind in
09 ihrer Reichweite noch nicht ansatzweise diskutiert und
10 werden von der Bundesregierung und der Koalition
11 schlichtweg ignoriert.

12

13 Deswegen wollen wir über den Bundesrat eine Initiative
14 gegen das Leistungsschutzrecht für Presseverleger initiie-
15 ren.

16

17 Sperrungen von Teilnehmeranschlüssen und Verbindungen
18 als Strafe z.B. für Urheberrechtsverletzungen ("Three Stri-
19 kes") lehnen wir ab. Solche Sperrungen schränken die
20 Kommunikations-, und die Informationsfreiheit massiv und
21 unverhältnismäßig ein.

22 Der Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten ge-
23 winnt aufgrund der wachsenden Vernetzung aller Lebens-
24 bereiche eine zunehmende Bedeutung.

25

26 Das Datenschutzrecht in seiner jetzigen Form wird seinem
27 ursprünglichen Anspruch nicht mehr vollständig gerecht.
28 Die SPD Berlin setzt sich in allen Lebensbereichen dafür ein,
29 dass personenbezogene Daten nur dann für gewerbliche
30 und andere Zwecke gebraucht werden dürfen, wenn die
31 Nutzer dies ausdrücklich befürwortet haben. In der Gesetz-
32 gebung auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene setzen wir
33 uns für ein konsequentes „opt-in“ für die Nutzung privater
34 Daten und die strikte Anwendung solcher Regeln in der
35 Verwaltung ein. Dies gilt insbesondere auch für die Reform
36 des Meldegesetzes. Wir müssen Regelungen finden die zu
37 einem zeitgemäßen und durchsetzbaren Datenschutz füh-
38 ren.

39

40 Die durch eine EU-Richtlinie vorgegebene sechsmonatige
41 verdachtslose Vorratsspeicherung aller Verbindungsdaten
42 halten wir für unverhältnismäßig und lehnen sie ab. Wir
43 setzen uns dafür ein, die EU-Richtlinie abzuschaffen oder
44 zumindest so zu überarbeiten, dass kein unverhältnismässi-
45 ger Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestim-
46 mung erfolgt. Es spricht viel dafür, dass die Richtlinie in
47 ihrer jetzigen Form gegen die EU-Grundrechtecharta und
48 gegen die Europäische Menschenrechtskonvention ver-
49 stößt und deshalb ungültig ist.

50

51 Die angeblichen Vorteile einer anlasslosen, generellen
52 Speicherung von Verbindungsdaten vermögen eine Total-
53 überwachung nicht zu rechtfertigen: Die Zahl der aufgeklär-
54 ten Straftaten ist ohne Vorratsdatenspeicherung ebenso
55 hoch wie mit Vorratsdatenspeicherung. Eine Vorratsdaten-
56 speicherung erhöht die Aufklärungsquote nicht. Zur Krimi-
57 nalitätsbekämpfung sind auch ohne eine Totalprotokollie-
58 rung jeder Benutzung von Telefon, Handy, E-Mail und In-
59 ternet genügend Verbindungsdaten verfügbar. Sicherheits-
60 behörden können bei Bedarf eine richterliche Anordnung
61 beantragen, derzufolge die Verbindungsdaten bestimmter
62 Verdächtiger aufzuzeichnen sind.

01 Die terroristischen Anschläge in Madrid im Jahr 2004, die
02 Taten der "Sauerland-Attentäter" 2006 und die Vorberei-
03 tungen der Düsseldorfer Quaida-Zelle 2011 konnten mit
04 Hilfe von Verbindungsdaten aufgeklärt werden, die ohnehin
05 verfügbar waren. Eine Vorratsdatenspeicherung war nicht
06 erforderlich. Auch ohne Vorratsdatenspeicherung werden
07 in Deutschland 80% aller bekannt gewordener Internetde-
08 likte erfolgreich aufgeklärt - von den sonstigen Straftaten
09 nur 55%.

10

11 Die Berliner SozialdemokratInnen setzen sich für den ge-
12 setzlichen Schutz von Whistleblowern, die beispielsweise
13 auf Missstände, Gesetzesverstöße oder Korruption in Orga-
14 nisationen, Politik und Wirtschaft hinweisen und bewei-
15 sende Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich machen,
16 ein.

17

18 **III. Die digitale Teilhabe in der Sozialen Stadt ermöglichen**

19

20 **1. Mit Medien souverän und kompetent umgehen**

21 Fähigkeiten zur interaktiven Kommunikation, zur kompe-
22 tenten Mediennutzung, zur kritischen Auseinandersetzung
23 mit Medieninhalten sowie Kenntnisse der Produktionsbe-
24 dingungen sind notwendiges Rüstzeug zu Partizipation und
25 digitaler Teilhabe. Ein Mehr an Medienkompetenz sowie
26 gesicherter Daten- und Verbraucherschutz sind erforder-
27 lich, um sich für die Herausforderungen der Digitalisierung
28 zu wappnen, und müssen gegenüber oft aktionistisch an-
29 mutenden Versuchen staatlicher Überwachung und Regle-
30 mentierung des Netzes den Vorrang genießen.

31 Für die Zukunft wollen wir alle Kräfte bündeln, um die Me-
32 dienkompetenz zu stärken. Wir wollen, dass gerade für
33 Eltern, Lehrkräfte, Kinder und Jugendliche z.B. in Bildungs-
34 und Jugendeinrichtungen das Thema Medienkompetenz
35 stärker vermittelt wird. Dabei verstehen wir Medienpäda-
36 gogik als Querschnittsthema in den Bildungsplänen, nicht
37 als zusätzliches Fach.

38 Deswegen muss Medienpädagogik als Querschnittsaufgabe
39 auch im Vorbereitungsdienst und bei der Lehrerfortbildung
40 ebenso wie in den verschiedenen pädagogischen Studien-
41 gängen und Ausbildungen durchgängig und verbindlich
42 berücksichtigt werden.

43 Es liegt auch in der Verantwortung der Schule, die Kompe-
44 tenzen zu vermitteln, die erforderlich sind, um Medien
45 kritisch zu konsumieren und produktiv in die Arbeits- und
46 Lebenswelt einbeziehen zu können. Deshalb ist die Compu-
47 ternutzung erst nach dem Erlernen von Schreiben und
48 Rechnen zu lehren. Die Schule erreicht wirklich alle Kinder
49 und Jugendlichen und kann ihnen die Chance bieten, zu
50 emanzipierten Mediennutzerinnen und -nutzern zu wer-
51 den. Medienkompetenz ist eng verbunden mit selbstver-
52 antwortlichen, kooperativen Lernprozessen und damit ein
53 zentraler Schlüssel, über die Schulzeit hinaus, für ein le-
54 bensbegleitendes Lernen.

55 In Berlin gibt es zwar Bildungsinitiativen zur Stärkung von
56 Medienkompetenz wie z.B. den eEducation-Masterplan
57 und das Landesprogramms Jugendnetz-Berlin.de, es fehlt
58 jedoch an einem integrierenden Gesamtkonzept, das alle
59 hier genannten Handlungsfelder einbezieht. Deshalb wird
60 die Einrichtung eines Rundes Tisches zur Medienkompe-
61 tenzförderung empfohlen, um ein „Gesamtkonzept Medi-
62 enkompetenz“ für alle BerlinerInnen zu entwickeln. Die

01 Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg ist dabei einzu-
02 beziehen.
03 Technische Geräte und Algorithmen beeinflussen täglich
04 unser Leben. Um diese zu verstehen und zu nutzen sowie
05 die jeweiligen Chancen und Herausforderungen selbstbe-
06 stimmt abzuschätzen, bedarf es eines grundlegenden Wis-
07 sens. Die SPD Berlin setzt sich deshalb dafür ein, den Infor-
08 matik-Unterricht an den Berliner Schulen zu stärken.

09

10 **2. Freien Zugang zu Wissen und Daten in der Stadt aus-** 11 **bauen**

12 Die SPD Berlin steht für eine offene Gesellschaft und eine
13 transparente Regierung sowie Verwaltung. Die Bürgerinnen
14 und Bürger erhalten — unter Beachtung des Datenschutzes
15 — grundsätzlich freien Zugang zu den vorhandenen Infor-
16 mationen der öffentlichen Verwaltungen. Die Daten und
17 Dokumente des Berliner Senats sollen weitestmöglich öf-
18 fentlich und frei zugänglich sein. Wir wollen aktiv für eine
19 transparente Verwaltung streiten und uns dafür insbeson-
20 dere für einen Mentalitätswandel auf allen Ebenen der
21 Verwaltung einsetzen.

22 Die Verwaltungsprozesse müssen so umgestaltet werden,
23 dass die Erzeugung aktueller, frei zugänglicher und verläss-
24 licher Informationen für die Öffentlichkeit integraler und
25 selbstverständlicher Bestandteil wird. Prozesse der Bürger-
26 beteiligung zum Beispiel im Rahmen der Raum- und Ver-
27 kehrsplanung bieten sich dabei als Piloten an.

28 Die Open Data Initiative der auslaufenden Legislaturperiode
29 muss fortgeführt und die erfolg-reiche Arbeit des Senats
30 unterstützt und weiter vertieft werden. Darum muss insbe-
31 sondere das Berliner Informationsfreiheitsgesetz besonders
32 um proaktive Elemente erweitert werden und somit dem
33 Beispiel Bremens folgen. Auch Verträge der öffentlichen
34 Daseinsvorsorge werden im Regelfall veröffentlicht.

35 Darüber hinaus sollten das Amtsblatt sowie das Gesetz-
36 und Verordnungsblatt digital und in einer freien Lizenz
37 verfügbar gemacht werden. Die Verkehrsdaten der Berliner
38 Verkehrsbetriebe sowie anderer Betriebe des Öffentlichen
39 Personennahverkehrs, mit denen Berlin vertragliche Ver-
40 einbarung getroffen hat, müssen in Echtzeit und in freien
41 Formaten und Lizenzen den Bürgerinnen und Bürgern zur
42 Verfügung gestellt werden.

43 Die Berliner SozialdemokratInnen wollen die Idee von frei
44 verfügbaren Wissen fördern und unterstützen daher den
45 Grundsatz von Open Access und Open Educational Res-
46 sources: Für alle vom Land Berlin finanzierten wissenschaft-
47 lichen Publikationen gilt ein Zweitverwertungsrecht. Daher
48 werden auch durch Berlin finanzierte Kultur- und Wissen-
49 schaftsprjekte bevorzugt die ihre Ergebnisse öffentlich
50 zugänglich machen. Wir streben ferner einer Bundsratsini-
51 tiative für offene Daten auf Bundesebene an.

52

53 **3. Partizipieren und Berlin transparent machen**

54 Die SPD Berlin treibt eine offeneren und partizipativere
55 Demokratie voran.

56 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Plenarsitzungen sowie
57 möglichst viele Ausschusssitzungen des Abgeordnetenhaus-
58 es öffentlich gestreamt werden. Diese sollen danach On-
59 Demand mit einer freien Lizenz und in einem offenen For-
60 mat auf der Seite des Abgeordnetenhauses zur Verfügung
61 stehen. Als wichtiger Bestandteil der E-Partizipation in
62 Deutschland haben sich die Online-Petitionen des Deut-

01 schen Bundestages etabliert. Wir fordern auch auf Berliner
02 Ebene die Einführung von öffentlichen Online-Petitionen
03 nach dem Vorbild des deutschen Bundestages.
04 Desweiteren schlagen wir die Einführung eines Policy-
05 Trackers für Berlin vor. Dieser soll es jedem Bürger /jeder
06 Bürgerin ermöglichen, schnell und einfach zu erfahren
07 inwieweit in welchem Stadium ein Gesetzgebungsverfahren
08 angelangt ist.

09
10 Berlin erhält eine E-Partizipations-Plattform, mit deren Hilfe
11 Bürgerinnen und Bürger Probleme, Lösungsmöglichkeiten
12 und Konzepte zur Verbesserung der Lebensqualität dem
13 Berliner Senat und den Bezirksregierungen vortragen sowie
14 abstimmen und diskutieren können. Dabei werden die
15 zuständigen AnsprechpartnerInnen der Verwaltung in das
16 System eingebunden und langfristig Berliner Open Data
17 Angebote integriert. Die Internetseiten des Abgeordneten-
18 haus, des Senats und der Landesbehörden sowie der Be-
19 zirksvertretungen und Bezirksämter sollen in der kommen-
20 den Legislaturperiode modernisiert, mobil zugänglich ge-
21 macht und barrierefrei gestaltet werden.

22 23 **4. Soziale Teilhabe sichern und stärken**

24 Digitale Netze und Kommunikationsnetze sind heute wich-
25 tige Säulen der sozialen wie wirtschaftlichen Infrastruktur.
26 Deshalb werden wir in den kommenden fünf Jahren wei-
27 terhin in die Berliner Infrastruktur und den Aufbau einer
28 kostenfreien WLAN-Netzes an zentralen Orten vorantrei-
29 ben.

30 Der Zugang zum Internet ist unumgänglich für eine gesell-
31 schaftliche und demokratische Teilhabe und wirtschaftli-
32 ches Wachstum. Berlin benötigt deshalb ein zukunftsfäh-
33 iges Internet, welches hohe Datenraten überall in der Stadt
34 ermöglicht und die Ziele der Digitalen Agenda der Europä-
35 ischen Union erfüllt. Aus diesen Gründen muss der Ausbau
36 und die Erschließung eines zeitgemäßen flächendeckenden
37 Netzes durch stadt-eigene Betriebe weiter vorangetrieben
38 werden.

39
40 Der Zugang zum Internet ist unserer Sicht ein Bürgerrecht.
41 Wir setzen uns mittels einer Bundesratsinitiative für eine
42 angemessene Haftungsfreistellung zugunsten von privaten
43 und gewerblichen Betreibern offener WLANs ein. Dadurch
44 könnten BürgerInnen und Unternehmen motiviert werden,
45 ihre ohnehin vorhandenen Internet-Zugänge über WLAN
46 allgemein zugänglich zu machen. Derzeit schreckt die un-
47 klare Rechtslage hierzu mit unkalkulierbaren Haftungsrisi-
48 ken vor einem solchen Schritt ab. Wir wollen prüfen, in-
49 wieweit der Senat — nach erfolgter rechtlicher Haftungs-
50 freistellung — die Öffnung des eigenen WLANs für Dritte
51 juristisch, logistisch und finanziell fördern kann, um einen
52 zusätzlichen Anreiz für offene Netze zu setzen.

53
54 Ohne einen Internet-Anschluss ist heute eine gesellschaftli-
55 che Teilhabe nicht mehr möglich: Zur Informationsgewin-
56 nung, zur Arbeitssuche und für den Kontakt mit Behörden.
57 Wir fordern eine staatlich garantierte digitale Daseinsfür-
58 sorge, die eine Internet-Grundversorgung und einen Inter-
59 netzugang für alle, auch für einkommensschwache Bevöl-
60 kerungsgruppen und BezieherInnen von Arbeitslosengeld II
61 ermöglicht. Eine flächendeckende Mindestversorgung muss
62 im Sinne einer Daseinsvorsorge auch in den dünner besie-

01 delten Gebieten ermöglicht werden. Als Berliner SPD unter-
02 stützen wir die Bemühungen der Bundes-SPD, eine flä-
03 chendeckende und technologieneutrale Versorgung als
04 Universaldienst gesetzlich zu verankern.

05

06 **5. Persönliche Daten schützen**

07 Die SPD Berlin setzt sich für einen selbstbestimmten Daten-
08 schutz ein. Staat und Wirtschaft müssen sparsamer im
09 Speichern von personenbezogenen Daten werden. Wo die
10 Gesellschaft und der Staat für seine notwendigen Planun-
11 gen Daten der Menschen brauchen, müssen sie so schnell
12 wie möglich anonymisiert werden.

13 Anlasslose Rasterfahndungsmethoden in Betrieben sind
14 nicht hinnehmbar. Beschäftigte dürfen nicht gezwungen
15 werden, mehr von ihrer Privatsphäre preiszugeben, als für
16 das Beschäftigungsverhältnis nötig ist, und müssen sich
17 ohne Angst vor Nachteilen gegen Eingriffe wehren können.

18

19 **6. Rundfunk digitalisieren**

20 Die Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-
21 rechtlichen Rundfunk in Deutschland hat uneingeschränkt
22 Geltung. Gerade bei der fortschreitenden Digitalisierung
23 und der fortschreitenden Reduzierung von Nachrichten-
24 agenturen und Redaktionen wird die Rolle der öffentlich-
25 rechtlichen Rundfunkanstalten immer wichtiger. Dazu
26 gehört im Internetzeitalter auch ein öffentlich-rechtliches,
27 digitales, werbefreies Vollangebot im Internet als „dritte
28 Säule“.

29 Wir sprechen uns gegen das Depublizieren, also das Lö-
30 schen von eigenproduzierten Inhalten des Öffentlich-
31 Rechtlichen Rundfunks aus. Die von den Bürgerinnen und
32 Bürgern bezahlten Inhalte müssen dauerhaft und digital zur
33 Verfügung stehen.

34 Die Menschen in Deutschland konsumieren Medien heute
35 immer mehr über das Internet. Es ist also nur konsequent
36 und richtig, wenn der Öffentliche-Rechtliche Rundfunk
37 seine Inhalte, dem Medium Internet angepasst, auch digital
38 verbreitet. Jede diesbezüglich geforderte Einschränkung
39 lehnen wir ab. Im Gegenteil: Bereits getätigte Einschrän-
40 kungen sind rückgängig zu machen. Digitale Projekte wie
41 Mediatheken und Apps des Öffentlich-Rechtlichen Rund-
42 funks unterstützt die Berliner Sozialdemokratie ausdrück-
43 lich.

44

45 **7. Berlin effizient verwalten**

46 Eine moderne Verwaltung braucht eine moderne IT-
47 Strategie, die den Bürgerinnen und Bürgern sowie der
48 Wirtschaft eine optimale Kommunikation mit den Behör-
49 den garantiert, dabei effektiv, kostengünstig, sicher und
50 unabhängig ist.

51 Darum verfolgt die SPD Berlin das langfristige Ziel, eine
52 Umstellung auf freier Open Source Software für die Verwal-
53 tung durchzuführen, wie sie beispielsweise die Stadt Mün-
54 chen seit nun mehr zehn Jahren erfolgreich betreibt. Neue
55 Software-Lösungen, welche für die Berliner Verwaltung
56 eigens entwickelt werden, sollen dann auf freien Lizenzen
57 aufbauen. Auch unter Sicherheitsaspekten sind Open Sour-
58 ce Produkte, die auf vielfach geprüfem, offenem Quelltext
59 basieren, den proprietären mitunter überlegen. Alle Soft-
60 ware-Lösungen in der Verwaltung Berlins sollen Offene und
61 Freie Standards bzw. Dateiformate verwenden, um bei der
62 Wahl der eingesetzten Software möglichst flexibel zu sein

01 und Abhängigkeiten von Anbietern und Plattformen zu
02 vermeiden.
03 Kleinere Einheiten arbeiten gerade im IT-Bereich in vielen
04 Fällen günstiger, weil sie zielgenau die jeweils benötigten
05 Leistungen am Markt ankaufen können und oftmals die
06 Schwellenwerte für komplexe und zeitraubende Ausschrei-
07 bungen unterschreiten. Wir wollen deshalb prüfen, ob
08 kleinere IT-Stellen in der Landesverwaltung schnellere,
09 flexiblere und kostengünstigere Lösungen anbieten können,
10 die sich deutlich besser an den Anforderungen der jeweili-
11 gen öffentliche Aufgabe orientieren und die Haushalte des
12 Landes und seiner Einrichtungen schonen.

13
14 Die Interoperabilität ist gerade bei dezentralem IT-Betrieb
15 von erheblicher Bedeutung; auch dies unterstreicht die
16 Notwendigkeit offener Standards und die Vorteile von
17 Open-Source-Lösungen. Die Trennung von IT-Service und
18 Sachaufgaben muss überwunden werden. Die Entschei-
19 dung, ob Haushaltsmittel für Informationstechnik, sonstige
20 Sachmittel oder Personal eingesetzt werden, werden dem
21 Subsidiaritätsgrundsatz folgend auf möglichst tiefer Verwal-
22 tungsebene getroffen, um die jeweiligen Verwaltungsauf-
23 gaben bei knappen Mitteln möglichst effizient und leis-
24 tungsfähig versehen zu können.

25 26 **8. Politik zur digitalen Teilhabe („Netpolitik“) in Berlin** 27 **organisatorisch verankern**

28 Politik für Partizipation und digitale Teilhabe in der Gesell-
29 schaft ist längst Querschnittsthema. Es geht um Vertei-
30 lungsfragen, und damit im Kern um Gesellschaftspolitik.
31 Wie auch in diesem Programm ersichtlich, sind nahezu
32 sämtliche Senatsverwaltungen auf unterschiedliche Art und
33 Weise von den angesprochenen Fragestellungen betroffen.
34 Dieser wachsenden Bedeutung von Politik zur digitalen
35 Teilhabe („Netpolitik“) gilt es durch einer entsprechenden
36 organisatorischen Verankerung in der Senatsverwaltung
37 Rechnung zu tragen.

38
39 So erscheint uns die Anerkennung von Netpolitik als ei-
40 genständige, auch in der Bezeichnung als solche ersichtli-
41 che Ressortzuständigkeit ein nicht nur, aber auch symbo-
42 lisch wichtiger Schritt. Berlin wäre damit die erste Landes-
43 regierung die über einen explizit als solches ausgewiesenen
44 Referenten für Netpolitik zur Verfügung hätte. Wir begrü-
45 ßen das diesbezügliche Tätigwerden der Senatskanzlei.
46 Neben der Einrichtung einer klaren politischen Zuständig-
47 keit bedarf es auf operativer Ebene in Partei und Fraktion
48 des Aufbaus von Kompetenzen zur Umsetzung der in die-
49 sem Antrag genannten Politiken zur digitalen Teilhabe. Dies
50 soll nicht nur die Durchführung und interne wie externe
51 Kommunikation der in diesem Antrag skizzierten Projekte
52 ermöglichen, sondern auch die Verankerung der Inhalte in
53 Partei und Gesellschaft in ihrer ganzen Relevanz verdeutli-
54 chen.

55 56 **9. Wirtschaftliche Chancen durch Digitale Teilhabe er-** 57 **schließen**

58 Berlin hat sich in den letzten Jahren zu einem Zentrum der
59 europäischen Start-Up und Web-Szene entwickelt. Dieses
60 Potenzial für Innovationen, Arbeitsplätze und weitere Un-
61 ternehmen muss durch die SPD unterstützt werden, denn
62 wir stehen erst am Anfang einer dynamischen Entwicklung.

01 Darum wird sich Berlin für die Interessen der Medien- und
02 Kreativwirtschaft auf allen Ebenen einsetzen, um die best-
03 möglichen Rahmenbedingungen für deren positive Entwick-
04 lung herbeizuführen.

05 Wir werden den Einheitlichen Ansprechpartner so weiter-
06 entwickeln, dass er auch in diesem Bereich kompetente
07 Hilfestellung leisten kann.

08

09 **10. Beteiligungs- und Kommunikationsmöglichkeiten der**
10 **Berliner SPD weiterentwickeln**

11 Die Berliner SPD will die Beteiligungs- und Kommunikati-
12 onsmöglichkeiten für Mitglieder und Bürgerinnen und
13 Bürger erweitern. Dazu streben wir an, Anträge und inhalt-
14 liche Positionierungen auch verstärkt webbasiert basisde-
15 mokratisch diskutieren und weiterentwickeln zu lassen.

16 Ergebnisse können dann in die Antragsberatungen über-
17 nommen werden. Dazu wird die Berliner SPD, wenn immer
18 möglich, Anträge ins Netz stellen und Diskussions- und
19 Bearbeitungsmöglichkeiten eröffnen.

20 Relevante Ereignisse wie Parteitage sollen live im Netz
21 übertragen und kommentiert werden („streaming“) kön-
22 nen.

23 Das Internetangebot wird weiter ausgebaut und partizipativ
24 angelegt. Damit wollen wir auch die Orts- und Zeitunab-
25 hängigkeit verbessern, um die Teilhabe für Menschen mit
26 eingeschränkter Mobilität oder geringeren zeitlichen Re-
27 serven zu verbessern. Ferner wollen wir so die Hemm-
28 schwellen, welche einen Einstieg in das teilweise von for-
29 malen Abläufen geprägte Parteileben erschweren, senken
30 und die Partei für neue Zielgruppen öffnen.

31

32 Denn für die SPD Berlin gilt: Wir wollen Partizipation und
33 digitale Teilhabe in der Sozialen Stadt ermöglichen. Wir
34 haben erkannt, dass es sich dabei um eine Verteilungsfrage
35 handelt. Wir bekräftigen unseren Anspruch, die Internet-
36 partei Berlins zu sein. Wir wollen neue Beteiligungsformen
37 einführen, sagen aber auch ganz deutlich: Diese können die
38 traditionellen demokratischen Partizipationsformen nur
39 ergänzen, nicht ersetzen.

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62